

Annoncen-
Annahme-Bureau
In Posen ouper in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmin. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Rechtestraße 14.
In Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Breslau bei Emil Habath.

Annoncen-
Annahme-Bureau
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Danck & Co. —
Hannover & Vogler, —
Ludolph Moes.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidenpark.“

Posener Zeitung.

Niemund siebziger Jahrgang.

Nr. 473.

Das Abonnement auf dieses täglich oder Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 10. Juli
(Erscheint täglich drei Mal.)

Zwischen 20 Pf. bis 100 Pf. die jährliche Summe der Bezahlungen, welche die Ausgaben der Zeitung für die Expedition zu Leisten und Verhandlungen mit dem Kaiser von Russland umfasst.

1876.

Amtliches.
Berlin, 8. Juli. Der König bat die Geh. Reg. und vortrag. Räthe in dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten Dr. Schneider, Dr. Schöne und Bahlmann zu Geh. Ober-Reg.-Räthen, sowie den bish. Provinzial-Schulrat Dr. Gaedtner hier selbst zum Geh. Reg.- und vortrag. Rath in demselben Ministerium ernannt.

Der Forstmeister der Inspektion Frankfurt a. O. Landsberg (Gen.) ist verstorben und auf seine Stelle der Forstmeister Hollweg zu Stettin versetzt worden. Die Forstmeisterstelle Stettin-Wollin hat der zum Forstmeister beförderte frühere Oberförster von Ullangi zu Löderburg erhalten. Der Forstmeister der Inspektion Schlechtern, Müller zu Kassel ist am 1. Oktober 1876 pensionirt. Die Forstmeisterstelle Hannover-Hildesheim ist nach dem Tode des Forstmeisters Mühlrath dem Forstmeister Erd I. und dessen bisherige Inspektion Hannover-Stade dem Forstmeister Hahn (früher Oberförster zu Peiternitz) übertragen worden. Dem Forstmeister Dittmar zu Eschwege, Regbez. Kassel, ist die Forstmeisterstelle zu Hersfeld und dem Forstmeister Homberg für Kassel-Hersfeld die Forstmeisterstelle Kassel-Schlüchtern übertragen worden. Der Amtsbezirk des 2c. Dittmar wird aufgelöst und von den dazu gehörigen Revieren sind 1) die Oberförsterien Langenhain, Bischofshausen und Bischofferode dem Bezirke des Forstmeisters Kaiser zugelegt, welcher die Bezeichnung Eschwege erhält, und 2) die Oberförsterie Lichtenau dem Bezirke des Forstmeisters Brandt zu Kassel-Söhre zugelegt worden. Der Forstmeister von Bungen zu Battenberg, Regbez. Wiesbaden ist verstorben und seine Stelle dem Forstmeister, früheren Oberförster zu Kudesheim, Leuders übertragen worden.

Verstorben sind die Oberförster: Weisenberg zu Glinske, Regbez. Bromberg; Spellerberg zu Winsen a. d. Luhe, Prov. Hannover; Winkel, Lit. Forstmeister zu Lüchow, Forstrevier Siemen, Prov. Hannover; Krüger zu Grumau, Forstrevier Glambeck, Regbez. Potsdam; Schräder zu Knobben, Prov. Hannover; Braun zu Heribach, Regbez. Wiesbaden. Pensionirt sind die Oberförster: Denner zu Mackenzell, Regbez. Kassel; Falck, zu Schlopp, Regbez. Marienwerder; Barthow zu Schuenhagen, Regbez. Stralsund. Verlegt sind die Oberförster: Molle von Korschin nach Glinske, Regierungsbz. Bromberg; Ebeling von Wiele auf die Oberförsterstelle Habichtshof zu Winsen und Kühne von Uchte nach Miele, Prov. Hannover; Köck von Glücksburg, Regbez. Merseburg, nach Knobben, Prov. Hannover; Junglaß von Neustettin, Regbez. Kölln, nach Schlopp, Regierungsbz. Marienwerder; Brösel, von Alt-Ruppin, Regbez. Potsdam, nach Neustettin; Fidert, von Werder, Regbez. Stralsund, nach Alt-Ruppin; Pavel, von Pletnitza, Regbez. Marienwerder, nach Werder; König, von Jura, Regbez. Gumbinnen, auf die Oberförsterstelle Glambeck zu Grumau, Regbez. Potsdam; Franz, von Nemonten, Regbez. Königsberg, nach Mackenzell, Regbez. Kassel; Holtz, von Jäckemühl, Regbez. Stettin, nach Glücksburg, Regbez. Merseburg; Schulte von Nageburg, Regbez. Königsberg, nach Nemonten, Regbez. Königsberg; Balthasar, von Born, (Varß), Regbez. Stralsund, nach Schuenhagen, Regbez. Stralsund; von Schleibrügge, von Rybnik zu Parafowitz, Regbez. Oppeln, nach Peiternitz, Regbez. Breslau; von Preußen von Langenswalbach (Forstrevier Kemel) auf die Oberförsterstelle Vord zu Kudesheim, Regbez. Wiesbaden; Bischke von Elsterwerda, Regbez. Merseburg, nach Lödderitz, Regbez. Magdeburg; Rohrbach von Hohenstein in Lankserofen, Regbez. Königsberg, nach Jäckemühl, Regbez. Stettin.

Zu Oberförster ernannt und mit Bestallung versehen sind die Oberförster-Kandidaten: Heinemann, Oberförster-Kandidat und Hilfsarbeiter bei der Reg. zu Trier, zum Oberförster für Lützel-Bilstein zu Hilchenbach, Reg.-Bez. Arnswberg; Kunnebaum zum Oberförster für Pfeil, im Reg.-Bez. Königsberg, mit der Maßgabe, daß er vorläufig noch in seiner Funktion als Hülfsslehrer bei der Forstakademie zu Neustadt E. W. verbleibe; v. Geheen, Oberförster-Kandidat und Hilfsarbeiter bei der Regierung zu Posen, zum Oberförster in Grossen, Reg.-Bez. Frankfurt a. O.; Betsbold, Lieutenant im reitenden Feldjäger-Corps und Hilfsarbeiter bei der Regierung zu Minden, zum Oberförster in Siemen, Prov. Hannover; Becker, Lieutenant im reitenden Feldjäger-Corps, zum Oberförster zu Korschin, im Reg.-Bez. Bromberg; Heuhner, Oberförster-Kandidat und int. Verwalter der Oberförsterie Eversl, Reg.-Bez. Marienwerder, zum Oberförster befördert und dasselbe definitiv angestellt; Weißel Meier, Oberförster-Kandidat, zum Oberförster in Kupferhütte, Prov. Hannover; Schmidt, Oberförster-Kandidat und Lieutenant im reitenden Feldjäger-Corps, zum Oberförster für Darß zu Born, Reg.-Bez. Stralsund; Arnbruster, Oberförster-Kandidat, zum Oberförster in Elsterwerda, Reg.-Bez. Merseburg. Die bei der definitiven Anstellung als Oberförster vorbehaltene Bestallung haben erhalten die Oberförster: von Stünner von Colbitz, Reg.-Bez. Magdeburg; von Hövel von Elze, Reg.-Bez. Magdeburg; Ehrentreich von Böhl, Reg.-Bez. Kassel. Mit Vorbehalt der Ausfertigung der Bestallung und Feststellung der Annenetät sind als Oberförster definitiv angestellt worden die Oberförster-Kandidaten: Gutt, Oberförster-Kandidat, zum Oberförster der vom Revier Ibenhorst abgegrenzten Oberförsterie Tarwellingen im Reg.-Bez. Gumbinnen; Hellwig, Oberförster-Kandidat, zum Oberförster in Pletnitza, Reg.-Bez. Marienwerder; Volkmann, Oberförster-Kandidat, zum Oberförster für Hohenstein in Lankserofen, Reg.-Bez. Königsberg.

Der Privatdozent Dr. F. R. A. Schneider in der medizinischen Fakultät der Universität zu Königsberg i. Pr. ist zum außerord. Prof. in derselben Fakultät ernannt, bei der städtischen höheren Mädchenschule „Luisen-Schule“ der ord. Lehrer Dr. Gütz zum Oberlehrer befördert worden.

Der Kreisger.-Rath Gerstenberg in Neisse ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Neustadt O. S. und zugleich zum Notar im Depart. des Apel.-Ger. zu Ratibor mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neustadt und mit der Verpflichtung ernannt worden, statt seines bisherigen Amtsdartritters fortan den Titel „Justiz-Rath“ zu führen. Versetzt ist: der Ober-Amtsrichter Fohny in Rotenburg an das Amtsgericht in Fulda. Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Ger.-Ass. Dethier bei dem Kreisger. in Templin mit der Funktion als Gerichtskom. in Lycken; der Ger.-Ass. Kruska bei dem Kreisger. in Flatow, der Ger.-Ass. Kremer bei dem Kreisger. in Naugard, der Ger.-Ass. Werner bei dem Kreisger. in Luckau, mit der Funktion als Gerichtskom. in Kirchhain; der Ger.-Ass. von Fürstenmühl bei dem Kreisger. in Böln. Wartenberg, mit der Funktion als Gerichtskom. in Festenberg; der Ger.-Ass. Tollkemitt bei dem Kreisger. in Cosel, der Ger.-Ass. Freiherr von Kreiswitz-Kaderien bei dem Kreisger. in Züllichau, mit der Funktion als Gerichtskom. in Schwiebus, und der Ger.-Ass. Götschi bei dem Kreisger. in Pleşchen. Dem Stadtger.-Rath Escherde in Berlin und dem Stadtgerichts-Rath Baalow in Berlin ist die nachgeführte Dienstentlassung mit Pension ertheilt. Der Kreisger.-Rath von Borewitz in Neustadt O. S. ist mit Pension

in den Ruhestand versetzt. Der Kreisger.-Rath Ditmar in Suhl, der Ober-Amtsrichter Kahle in Göttingen und der Kreisrichter Dammann in Wiedenbrück sind gestorben. Versetzt sind: der Staatsanwalt Gelinek in Schleidnitz an die Staatsanwaltschaft der Kreisger. Strehlen und Orlau, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Strehlen, und der Staatsanwalt Warthbrunn in Kosten an die Staatsanwaltschaft des Stadtger. und des Kreisger. in Breslau.

Die Kaiserzusammenkunft in Reichstadt.

Die Zusammenkunft des österreichischen und des russischen Kaisers in Reichstadt wird besonders in Österreich mit großer Spannung erwartet. Das den wiener Regierungskreisen nahestehende „Tremdenblatt“ begleitet die Zusammenkunft mit folgenden Worten:

Weit schwieriger gestaltete sich die Situation, wenn wou noch immer keine gegründete Aussicht vorhanden ist, die slavische Erhebung auf der Balkan-Halbinsel so gewaltig anschwellen sollte, daß der Fortbestand des ottomanischen Reiches in seiner gegenwärtigen Gestalt ernstlich gefährdet würde. Eine solche Konjunktur würde das Zustandekommen einer grosserzbischen Böller-Aggregation unter einheitlicher Führung eines Milan oder eines Nikolaus als nächste Konsequenz in unmittelbare Aussicht stellen. Wir haben dem gegenüber nur die einfache Bemerkung zu machen, daß Österreich-Ungarn das Erstehen eines grosserzbischen Staates hart an seiner Grenze unter keiner Bedingung dulden kann. Es ist eine absolute Frage des Seins oder Nichtseins als Großstaat und Gesamtmonarchie für Österreich-Ungarn, daß eine derartige Veränderung des Territorialbestandes der nördlichen Balkan-Halbinsel unterbleibe, und es muß Alles daran gesetzt werden, damit nicht der südslavische Staatsgedanke sich in einer derartigen Arrondirung verkörperne. In Eis- wie in Transleithanien — dort wohl noch mehr, als bei uns — muß man sich darüber klar sein, daß eine solche Lösung des orientalischen Knotens mit unseren Lebensinteressen unvereinbar ist, und daß wir darum Alles aufzubieten haben, um dieselbe durch jedes andere Mittel zu verhindern. Wie die Dinge heute stehen, darf eine solche Eventualität nicht mehr aus den Augen verloren werden; wir haben, soll man wohl noch denken dürfen, über dem vielen Verhandeln und Unterhandeln das Handeln selbst verlernt. Wir sind der Hoffnung, daß übermorgen schon bei der Zusammenkunft unseres Kaisers Franz Josef mit dem Kaiser Alexander die Eventualitäten, die sich aus dem jetzigen mörderischen Kriege ergeben werden, in erster Reihe Gegenstand der ernstesten Erwägung sein werden. Dafür spricht auch außerdem die gleichzeitige Anwesenheit des Grafen Andraß und des Fürsten Gortschakoff in Schloss Reichstadt. Die imigen freundlichen Beziehungen der beiden Herrscher zu einander, das durch keinen Zwischenfall und keine vorübergehende Meinungsverschiedenheit getriebt und zu trübende Einverständnis, welches seit einigen Jahren sich in allen europäischen Fragen zwischen ihnen bewährt hat, die Zuverlässigkeit, mit welcher der Dritte im Bunde treu zu dem einen und zu dem Andern hält, sie sind uns die Leitsterne in so trüber, schwerer Zeit, und geben uns die Bürgschaft, daß mit der Zusammenkunft in Reichstadt nur Gutes und Erfreuliches für die fernere Solidarität des Drei-Kaiser-Bundes, für den Frieden Europas und für das Heil Österreich-Ungarns sich ergeben wird.

Die mehr die ungarischen offiziösen Anschaulungen repräsentirende, Corr. hongroise“ sagte am 6. d. über dies Ereignis, daß Erzherzog Albrecht aus Anlaß seines Besuches beim russischen Kaiser in Jügenheim, den Boden für die Begegnung in Reichstadt vorbereitet und daß Graf Andraß nicht nur von der Mission des Erzherzogs Kenntnis hatte, sondern daß dieselbe sogar auf Initiative des Ministers des Neuzern stattgefunden hat. Das Blatt meint, Graf Andraß sei kein „ungarischer“ Staatsmann mehr; er müsse auch den dy n a s t i s c h e n Standpunkt vor Augen halten und letzteren mit den Interessen Ungarns zu vereinbaren suchen. Der Kaiser von Österreich sei der natürliche Beschützer der Südländer; Graf Andraß dürfte die Sympathien der letzteren dem Hause Österreich nicht entfremden. Andererseits könne er auch keine Annexionspolitik treiben, noch die Bildung eines Grosserzb. an den Grenzen dulden. Russland hat kein Interesse an der Beschleunigung der Lösung der orientalischen Frage, folglich war es nicht schwer, zwischen Österreich und Russland für alle Eventualitäten des serbisch-türkischen Krieges ein Uebereinkommen zu erzielen, das in Reichstadt die Sanktion der Monarchen erhalten soll. Diesen offiziösen Ausführungen wollen die ungarischen Blätter keinen Glauben schenken; sie donnern noch immer gegen die russische Allianz und ergehen sich in den buntesten Kombinationen über die Absichten Russlands.

Uebrigens verlautet schon in Privattelegrammen über den vermeintlichen Gegenstand der Berathungen mancherlei, was jedoch zu meist in das Bereich von Konjecturen zu verweisen sein dürfte. So lautet eine Privatdepeche der „Post“ aus Wien, d. 8. d.:

Als Gegenstand der Berathungen der reichstädter Entrevue skizzirt man folgende Punkte: 1) Die Donaufrage; 2) Österreichs Verlangen, die Bildung von Groß-Serbien nicht zuzulassen; 3) Gemeinsame Erwirfung einer Waffenruhe in einem gewissen Stadium des serbisch-montenegrinisch-türkischen Krieges. Das Ergebnis der Entrevue dürfte vornämlich dilatorischer Natur sein.

Ein Privattelegramm des „B. B. C.“ über denselben Gegenstand lautet:

Aus zuverlässiger Quelle verlautet: Graf Andraß wird bei der Monarchenkonferenz dem Kaiser von Russland ein Programm vorlegen, dessen Umrüste darin bestehen, daß Österreich unter keiner Bedingung in eine Vergroßerung der türkischen Vasallenstaaten willigen werde. Sollte der Kaiser von Russland auf dieses Programm nicht eingehen, so wird Graf Andraß seine Demission geben und das Drei-Kaiser-Bündnis ist als geprengt anzusehen. Uebrigens sollen von Seiten des Fürsten Bismarck alle persönlichen Einfüsse geltend gemacht sein, den Grafen Andraß zu bewegen, für alle Fälle auf seinem Posten zu bleiben, auch Kaiser Franz Josef hat für alle Eventualitäten in diesem Sinne an die Loyalität und den Patriotismus des Grafen Andraß appelliert.

Sensationelle Tendenz dürfte der letzteren Version kaum abzusprechen sein. Als Intention des Grafen Andraß über die österreichische

Orientpolitik registriert das Organ des ungarischen Ministers Tisza, der „Hon“, nachstehenden Gedankengang:

Graf Andraß duldet weder eine Gebietsvergrößerung, noch die Berührung Serbiens oder Montenegro; wenn Serbien siegt, so darf es höchstens Zvornik erhalten. So lange Andraß Minister ist, gehen wir nicht um jeden Preis mit Russland. Läßt dieses nicht ab von dem Plan der Bildung südslavischer Staaten, so sehen wir uns mit den Serben bei Philipp wieder.“

Wir fügen hier noch folgende uns zugegangene Depeschen:

Wien, 7. Juli. Der Kaiser ist heute Abend um 9 Uhr mit dem Grafen Andraß nach Reichstadt abgereist.

Bodenbach, 8. Juli. Der Kaiser von Russland ist auf der Durchreise nach Reichstadt heute früh 7¼ Uhr hier eingetroffen. Derselbe wurde bei seiner Ankunft hier selbst von dem Kaiser Franz Josef empfangen und begrüßt sich die beiden Monarchen auf das Herzlichste. Der Kaiser Franz Josef trug die Uniform eines russischen Generals, der Kaiser Alexander die ungarische Generalsuniform. Kaiser Alexander begrüßte den Grafen Andraß auf das Huldvolle und ebenso der österreichische Kaiser den Fürsten Gortschakoff. Die beiden Monarchen fuhren sodann mittels des russischen Hofzuges nach böhmisch Leipzig.

Böhmisches Leipzig, 8. Juli. Der Kaiser von Österreich und der Kaiser von Russland trafen hier selbst um 10 Uhr Vormittags ein und wurden von den Kronprinzen auf dem Bahnhofe empfangen. Nachdem der Kaiser Alexander die Front der von dem Erzherzog Friedrich kommandirten Ehrenkompanie abgeschritten hatte, erfolgte die Abfahrt nach Reichstadt. Die beiden Kaiser fuhren in einem Wagen, ebenso Graf Andraß und Fürst Gortschakoff. Nach dem Diner fand eine Konferenz der beiden Kaiser, des Fürsten Gortschakoff und des Grafen Andraß statt.

Bodenbach, 8. Juli. Der Kaiser Alexander und der Kaiser Franz Josef trafen mit dem Fürsten Gortschakoff und dem Grafen Andraß, von Reichstadt kommend, um 3 Uhr in böhmisch Leipzig und um 4½ Uhr hier selbst ein. Die beiden Monarchen verabschiedeten sich auf das Herzlichste, indem sie sich wiederholten. Von dem Kronprinzen verabschiedete sich der Kaiser in gleicher Weise und reichte dem Grafen Andraß die Hand, während der Kaiser Franz Josef vom Gefolge des Kaisers von Russland Abschied nahm. Bei der Abfahrt intonirte die Militärkapelle die russische Volkslied. — Der Kaiser von Österreich hat sich nach Prag zurückgegeben.

Dresden, 8. Juli. Der Kaiser von Russland kam um 6½ Uhr, von Reichstadt kommend, hier an und wurde auf dem Bahnhofe im Namen und Auftrage des im Auslande weilenden Königs vom Prinzen Georg begrüßt. Ebenso waren zum Empfang anwesend der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin und der Kriegsminister v. Fabrice. Der russische Gesandte in Dresden, Staatsrat v. Roseburg befand sich im Buge. Nach einem viertelständigen Aufenthalt erfolgte die Weiterreise des Kaisers nach Kotbus und Bözen.

Wien, 9. Juli. Das „Telegraphen-Korrespondenz-Bureau“ meldet: Die gestern in Reichstadt stattgehabte Entrevue des Kaisers von Österreich mit dem Kaiser von Russland, welche zunächst den Charakter einer rein förmlichen Begegnung der beiden Monarchen und ihrer leitenden Minister an sich trug, hat sich so warm und herlich gestaltet, daß sie, nach der Sicherung der Beteiligten, auf das beste und vollständigste Einverständnis der Regierungen beider Staaten schließen läßt.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 8. Juli.

— Dr. Hermann Straß, durch seine Kenntnis der orientalischen Sprachen und speziell des Hebräischen in gelehrt, besonders auch bei jüdischen Talmudisten bekannt, ist jetzt, nachdem er zwei Jahre in Petersburg im Auftrage der russischen Regierung dort erworbene alte Schriften durchforscht und überzeugt hat, vom Kultusminister Dr. Falck in Anerkennung seiner Leistungen zum außerordentlichen Professor an der hiesigen Universität ernannt worden. Da Professor Straß erst 28 Jahre alt ist, so dürfte derselbe den Jahren nach wohl der jüngste unter den deutschen Universitäts-Professoren sein.

— Der innere Ausbau des auswärtigen Amtes an der Ecke der Wilhelmstraße und des Wilhelmplatzes schreitet rasch seiner Vollendung entgegen. Ein Theil der Büros im obersten Stockwerk, wo ebenfalls die Archive des Amtes untergebracht sind, sowie eine Anzahl von Räumlichkeiten zu ebener Erde hat bereits feinste endgültige Gebrauchs übergeben werden können. Gegenwärtig ist man mit der Fertigstellung der inneren Einrichtungen der Amtswohnung, für den Unterstaatssekretär des deutschen auswärtigen Amtes beschäftigt. Aus dem geräumigen Vestibul, dessen schön fassierte Decke einen angenehmen Eindruck auf den Besucher macht, tritt man in das prächtige, von 12 Säulen in Stucco getragene Treppenhaus, das durch ein großes Oberlichtfenster erhellt wird. Die breite sehr allmählig ansteigende Treppe nimmt sich dem „Tagebl.“ auf folge außerordentlich stattlich aus. Die Stuckornamente, nach den besten florentinischen Meistern ausgeführt, sind in matter Vergoldung auf blauen und stumpfrothen Untergrund gehalten. Zur Rechten vom Treppenhaus-Umgang liegen die schönen, für den öffentlichen Dienst bestimmten Säle und Empfangszimmer. Sämtliche Deckendekorationen, sowie die umlaufenden Zimmerbriefe zum Theil in mattvergoldetem Stuck ausgeführt, wirken ihre vornehm gehaltene Modellirung auf die vortheilhafteste Weise. Die Embleme beziehen sich auf die Entstehung des Reiches und auf dessen Institutionen. Im Gegensatz zu diesen verhältnismäßig prächtigen Räumen zeigen die eigentlichen Wohngemächer des Unterstaatssekretärs die grösste Einfachheit. Überblickt man jedoch die ungeheure Dimensionen, welche dieses Grundstück den Architekten darbot, so muß man die Verzettelung des vorhandenen Raumes in eine Anzahl seiner Gemächer doch wohl beklagen.

— Der Umfang der Geschäfte der Justiz-Prüfungskommission hat sich dem „St.-Anz.“ zufolge, im Jahre 1875 gegen das Vorjahr nur unbedeutend verminderd, indem die Zahl der neuen Aufträge 269 betrug, während im Jahre 1874 262 Aufträge ertheilt wurden. Aus dem Jahre 1873 und 1874 war noch ein Bestand von 75 Kandidaten verblieben; die Gesamtzahl derselben belief sich daher im Jahre 1875 auf 344. Von diesen hatten 20 die Prüfung zu wiederholen und 324 dieselbe zum ersten Male abzulegen. Vor Abnahme der Prüfung sind 2 Kandidaten gestorben und einer ist auf seinen Antrag

entlassen; nach Abzug dieser 3 sind mithin verblieben 341 gegen 363 im Vorjahr. Die Prüfung haben mit Erfolg bestanden: mit dem Präfikat „gut“ 35, mit dem Präfikat „ausreichend“ 193 zusammen 228; wegen wiederholten Aussbleibens in den Terminen zur mündlichen Prüfung ist 1 zurückgewiesen und 24 haben die Prüfung nicht bestanden, sind 253. Es sind mithin als Bestand verblieben 88. Die meisten Prüfungen (43) haben im Departement des Kammergerichts stattgefunden. In der Zahl der Referendare ist auch im Vorjahr eine erhebliche Vermehrung eingetreten. Es waren nämlich im Juli 1875 überhaupt 1983 Referendare vorhanden, wogegen die Zahl derselben am Schluß des Jahres 1874 1897, am Schluß des Jahres 1873 1685, am Schluß des Jahres 1872 1585 betrug. Die meisten Referendare waren: im Depart. des Kammerger., 268, im Depart. des Appell.-Gerechtsahofes in Köln 251, im Depart. des Appellger. in Breslau 236, im Depart. des Appellger. in Naumburg 134, im Depart. des Appellger. in Celle 132, im Depart. des Appellger. in Königsberg 121.

Die längst erwartete neue Prüfungsordnung für das höhere Staatsbauwesen ist jetzt erschienen und trägt das Datum des 27. Juni. Sie ändert die am 3. September 1868 erschienenen Vorschriften für die Ausbildung und Prüfung der sich dem Bauwesen im Staatsdienste widmenden an der Hand der gemachten Erfahrungen ab und ergänzt dieselben durch die Bestimmungen über die Vorbereidungen für die Anstellung im Maschinenfache, so daß das Maschinen-Ingenieurfach mit einbezogen ist. Nach den neuen Vorschriften fest die Anstellung als Bau- oder Maschinenbeamter im höheren Staatsdienste eine wissenschaftlich-technische Ausbildung voraus, welche nach Ablegung der Reifeprüfung auf einem Gymnasium oder einer Realschule erster Ordnung durch ein vierjähriges akademisches Studium und zweijährige praktische Vorbereitung zu erwerben und in zwei Staatsprüfungen nachzuweisen ist, deren erste nach Abschluß des akademischen Studiums, die zweite nach Abschluß der praktischen Vorbereitung abgelegt wird. Die Maschinenbeamten erzielen das Reifezeugnis durch ein Entlassungszeugnis der nach dem Plan von 1870 reorganisierten Staats-Gewerbeschule. Beide Prüfungen unterscheiden sich nach den Fächern des Hochbau-, Bauingenieur- und Maschinenwesens. Die erste Prüfung kann in Berlin, Hannover und Aachen, die zweite nur in Berlin bei der technischen Überprüfungskommission abgelegt; das akademische Studium, je nach den Fächern, auf dem Bau- und Gewerbeakademie in Berlin, auf den polytechnischen Schulen in Hannover und Aachen und außerdem auf denjenigen außerpreußischen Lehranstalten absolvirt werden, welche der Handelsminister als dazu geeignet erklärt. Dasselbe darf in der Regel nicht unterbrochen werden und muß den Lehrgang des betreffenden Fachs umfassen. Die erste Prüfung ist theils schriftlich (wohl sechs Tage Klausurarbeiten gemacht werden) theils mündlich und nach bestandener Prüfung wird der Kandidat zum Bauführer oder Maschinen-Bauführer ernannt. Bevor er zur zweiten Prüfung zugelassen werden kann, muß er zwei Jahre in dem von ihm gewählten Fache praktisch gearbeitet haben. Die zweite Prüfung, welche auch in eine schriftliche (dreitägige Klausur) und mündliche zerfällt, soll die Fähigkeit des Kandidaten feststellen, die durch akademisches Studium und praktische Beschäftigung gewonnenen Kenntnisse und Fertigkeiten für die Lösung praktischer Aufgaben nutzbar zu machen. Die erste wie die zweite Prüfung können bei ungünstigem Ausfall nur einmal wiederholt werden. Nach bestandener zweiter Prüfung erfolgt die Ernennung zum Baumeister resp. Maschinenmeister. Diejenigen Studirenden des Bauwesens, welche das Studium bereits begonnen haben, können die erste Prüfung, wenn sie wollen, noch nach der alten Prüfungsordnung von 1868 ablegen; Maschinenfach-Beflissene, welche vor Erlass der neuen Ordnung das Fachstudium auf einer technischen Fachschule bereits begonnen haben, ohne eine Reifeprüfung zu haben, sollen letztere nachträglich bestehen, sofern sie bis zum Schluß des Jahres 1881 zur Ablegung der ersten Staatsprüfung gelangen.

Auf Antrag des Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck ist eine Kriminaluntersuchung wegen Vergehens vermittelst der Presse gegen den Legationssekretär v. D. Abgeordneten Otto v. Voß und gegen den verantwortlichen Redakteur der ehemaligen „Deutschen Eisenbahn-Zeitung“ jeglichen „Deutschen Reichs-Gloste“ Talcau eingeleitet worden, auch geg. v. D. Abg. v. Voß wie die Disziplinaruntersuchung wegen mutmaßlicher Beteiligung durch Artikel für genanntes Blatt, schwelt. Freitag n. a. der Redakteur Heinrich Joachim Gehlsen vor den Untersuchungsräten, Stadtgerichtsrath Schmid, geladen um den Verfaßer der in seiner Zeitung „Deutsche Eisenbahn-Zeitung“ Nr. 19 vom 7. Mai d. J. erschienenen Artikel „Theorie und Praxis des deutschen Reichsstaates“, in Nr. 20 vom 14. Mai „Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt, die Milde Eures Herzens erklärt wohl Euer Säumen“ und „das Glück des Reichsstaates“, in derselben Nummer, anzugeben, als welcher für alle genannten Artikel Herr Otto v. Voß von der Behörde verurtheilt wird. — Herr Gehlsen verweigerte unter Verufung auf § 313 II. der Kriminal-Ordnung jede Auskunft.

Breslau, 8. Juli. Es wurde s. z. mitgetheilt, daß der Vorsitzende der von Maistland aus veranstalteten Säkularfeier von Legnano, der Abg. Cairoli, ein Telegramm an den Präsidenten des deutschen Reichstages absandte, in welchem die Sympathie und Verehrung für Deutschland von Seiten Italiens ausgedrückt wurde. Der Präsident des deutschen Reichstages, Oberbürgermeister v. Forckenbeck, antwortete nun dem Absender mit folgenden Worten:

Hochgeehrter Herr! Aus dem von dem Tage von Legnano datirten freundlichen Telegramm, das ich als Präsident des zur Zeit nicht versammelten Reichstages mit warmem Dank in Empfang genommen, und das die deutsche Presse inzwischen über das ganze Land verbreitete, hat die deutsche Nation die freudige Gewißheit schöpfen dürfen, daß glorreiche Erinnerungen der Vergangenheit, die ein jedes Volk mit Recht heilig hält, nicht die Macht über die lebendige Gegenwart zu überwältigen, Deutschland und Italien von einander zu trennen, welche durch aufrichtige Sympathien und groß National-Interessen sich mit einander verbunden fühlen. Verhüngsvoll ergebenst v. Forckenbeck, Präsident des deutschen Reichstages.“

Aus Kurhessen, 6. Juli. Wie man dem „H. K.“ meldet, hätte der Bischofsmüller H. H. auf die Aufforderung des Oberpräsidenten zur Neubesetzung der seit Jahren vakanten geistlichen Ämter bis spätestens den 1. August d. J. geantwortet: „Es sei die Einhaltung dieses Termins wegen mangelnder Kandidaten unmöglich“. Das darin eine Anerkennung der dem Oberpräsidenten im § 18 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 zugesprochenen Kompetenz gesunden werden muß, liegt nach der Ansicht des Korrespondenten auf der Hand.

Düsseldorf, 6. Juli. Hier hat sich ein volkswirtschaftlicher Wahlverein gegründet und als solcher einen langen Aufruf erlassen. Derselbe führt aus, daß die gegenwärtige Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse eine Folge der Gesetzgebung sei, daß Deutschland keine bedingungslose Freihandelspolitik treiben könne und seine Wirtschafts- und Handelspolitik einer Änderung bedürfe. Deshalb ist der „volkswirtschaftliche Verein“ gegründet worden. Der Aufruf besagt wörtlich: „Wir gestehen rückhaltslos zu, daß wir, unter voller Anerkennung der Interessen des ländlichen und städtischen Grundbesitzes, unseren lokalen Verhältnissen entsprechend unter den volkswirtschaftlichen Interessen denjenigen der industriellen und gewerblichen Tätigkeit unsere besondere Beachtung zuwenden, weil sie am meisten leiden; wir weisen jedoch das Odium, welches von gewissen politischen Parteien auf die sogenannte Interessenvertretung geworfen wird, mit Entschiedenheit zurück. Das gesamte Wirtschaftsleben der Nation fest sich aus einzelnen Interessen zusammen; die Bernachlässigung und Mißachtung der einen oder anderen derselben aber schafft einen Staatskörper mit kranken Gliedern, wie wir ihn jetzt haben. Daher wünscht der Verein in den gesetzgebenden Körpern Männer zu sehen, die unter vollster Wahrung der allgemeinen Interessen des deutschen und speziell des preußischen Volkes fähig sind, auch die Interessen der einzelnen wirtschaftlichen Fal-

ren zu berücksichtigen, welche in ihrer harmonischen Zusammenwirkung und ihrem gleichmäßigen Gediehen die Grundlage des Seins und Bestandes eines Volkes bilden. Der Verein verdeckt keine anderen Bestrebungen mit seinen offen ausgesprochenen Zwecken und wird dieselben nach der politischen Parteistellung und dem einmütigen Beschlüsse seiner Mitglieder im Anschluß an die Bestrebungen des, für die Wahlen hier gleichfalls thätigen liberalen Vereins zu erreichen bemüht sein.“

Würzburg, 7. Juli. Der Vize-Wachtmeister J. Z. Eine im 5. Chevauxlegers-Regiment (früher im preußischen 2. Rheinischen Husarenregiment), der bei dem Abrichten der Rekruten dieselben mit Faustschlägen, der Reitpeitsche und dem Säbel mißhandelte, wurde vom Militär-Bezirksgericht Würzburg wegen drei militärischer Verbrechen des Missbrauchs der Dienstgewalt zu 2½ Monaten Gefängnis verurtheilt.

Stuttgart, 6. Juli. Der „St.-Ans.“ enthält das Verfassungsgesetz, betreffend die Bildung eines Staatsministeriums. Der König hat verfügt, daß künftighin diejenigen Mitglieder des Staatsministeriums, welche Minister sind, den Titel Staatsminister des Justiz, der auswärtigen Angelegenheiten, des Innern, des Kirchen- und Schulwesens, des Kriegswesens und der Finanzen zu führen haben, und zum Präsidenten des Staatsministeriums den Staatsminister der Justiz und der auswärtigen Angelegenheiten v. Mittnacht ernannt.

Paris, 6. Juli. Heut ist nach längerem Leiden Casimir Perier aus dem Leben geschieden. Mit ihm ist eine der hervorragendsten politischen Persönlichkeiten dahingegangen, welche die moderne französische Geschichte aufzuweisen hat. Aus seinem Lebenslauf dürfte folgendes von Interesse sein:

Geboren zu Paris am 20. August 1811, als ältester Sohn des berühmten Ministers, trat er mit 20 Jahren in die diplomatische Laufbahn ein, wo er der Reihe nach die Posten eines Gesandtschaftssekretärs in London, Brüssel und dem Haag, eines Geschäftsträgers in Neapel und St. Petersburg, endlich eines bevollmächtigten Ministers in Hannover und St. Petersburg, endlich eines bevollmächtigten Ministers in Hannover und St. Petersburg, bekleidete. Im Jahre 1846 vom ersten pariser Arrondissement in die Deputiertenkammer berufen, schied er aus dem diplomatischen Dienst und widmete sich ausschließlich den Pflichten seines Mandats. Beim Ausbruch der Februarrevolution ging Perier auf seine Güter im Aube-Departement, aber nur, um schon im folgenden Jahre von den Bürgern dieses Departements in die gesetzgebende Versammlung entsandt zu werden. Hier schloß er sich der Majorität an, wurde Mitglied der permanenterkommission, votierte die Verfassungsrevision und unterstützte die im Elysée getriebene Politik bis zur Bildung des Kabinetts, welches den Staatsstreit unternahm, gegen den er protestierte. Am 2. Dezember wurde er verhaftet und auf den Mont-Valeins verbracht, erhielt aber schon nach wenigen Tagen seine Freiheit wieder und zog sich in's Privatleben zurück, wo seine Masse nun vorwiegend den national-ökonomischen und finanziellen Interessen widmete, für welche er auch publizistisch thätig war. Bei den gesetzgebenden Wahlen von 1859 unterlag Perier gegen seinen offiziellen Konkurrenten d'Argence. Der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges fand Perier auf seiner Besitzung bei Pont-sur-Seine. Sein Sohn trat in das mobile Bataillon des Aube-Departements und machte in denselben die pariser Belagerung mit. Deutscher Sieg fand man Grund, Perier zu verhaften, doch brachte ihm der Befestigungsstand seine Freiheit wieder, da er als Kandidat für die Nationalversammlung auftrat. In drei Departements gewählt, optierte er für die Aube. Wegen seiner finanziell-wirtschaftlichen Kenntnisse übertrug die Assemblée ihm die Berichterstattung über das Ausnahmebudget von 1871, das dem Volke 500 Millionen an neuen Steuern aufbürde. Am 11. Oktober 1871 wurde er Minister des Inneren, legte aber sein Portefeuille im Februar des folgenden Jahres nieder, weil die Kammer sich weigerte, den Regierungssitz nach Paris zurückzubringen, was Perier als ein Misstrauensvotum gegen sich betrachtete, da er mit allen Nachdruck auf eben dieser Zurückverlegung bestanden hatte. Seinem politischen Glaubensbekenntniß gemäß schloß Perier sich fast durchgehends den Abstimmungen des rechten Zentrums an, ohne indessen die Selbstständigkeit seiner Meinung preiszugeben. Wie in parlamentarischen, so war auch im wissenschaftlichen Leben Perier's Stellung eine höchst geachtete. Seit 1867 gehörte er der Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften als Mitglied an; seit 1846 war er Großoffizier der Ehrenlegion. Für den Orientalismus ist Perier's Hintern ein harter Schlag.

Versailles, 4. Juli. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer zeigt Präsident Grévy an, daß Herr Marcou (ultradikal) den Antrag eingebracht habe, die Kammer solle den Siegelbewahrer auffordern, die Urheber und Mithuldigen des Staatsstreichs vom 2. Dezember 1851 vor den kompetenten Gerichten zu verfolgen. — Dr. Tristan Lambot (Bonapartist) verlangt für diesen Antrag die Dringlichkeit. Man könne, meint er ironisch, unmöglich die acht Millionen Franzosen, welche die Herrscherrechte der napoleonischen Dynastie wiederholt sanktionirt haben, länger über ihr Schicksal in Ungewisheit lassen. Die Dringlichkeit wird jedoch abgelehnt. — Der Präsident zeigt ferner an, es sei ihm von Baron Dufour (einem anderen Bonapartisten) der Antrag zugegangen, die Kammer möge verfügen, daß die Urheber und Mithuldigen des Aufstandes vom 4. September in Auflagerstand verfestigt würden.

Endlich bringt Herr Robert Mitchell (ebenfalls Bonapartist) folgenden Antrag ein: „In die Verfolgungen gegen die Urheber und Mithuldigen des 2. Dezember sind einzubeziehen die acht Millionen französischer Wähler (Allgemeines Gelächter), welche den Staatsstreich zuvor verlangt und dann gutgeheißen haben, die Gerichtspersonen, welche ihn bestätigt, die Beamten, Kandidaten, Abgeordneten und Generalräthe, welche bis zum Jahre 1870 dem Kaiserreich den Eid der Treue geleistet haben. Art. 2. Die republikanischen Abgeordneten, welche diesen Eid am 4. September 1870 verlebt haben, sollen deshalb nicht von der Verfolgung ausgenommen sein.“ (Lärm links. Rufe: Das ist ein schlechter Witz! Wir sind hier nicht auf dem Jahrmarkt!) — Herr Mitchell verlangt für seinen Antrag die Dringlichkeit, zieht aber, da einige Mitglieder der Linken die „Vorfrage“ (question préalable) fordern, dieses Verlangen sogleich wieder zurück. Nun verlangt aber Herr v. Choisel, ein Republikaner, um Mitchells Rückzug zu vereiteln, die Dringlichkeit und beantragt, nachdem dieselbe erklärt ist, den Antrag Mitchell, mit welchem es nur darauf abgesehen sei, das parlamentarische Regime lächerlich zu machen, durch Stellung der Vorfrage zu befechten. (Murren auf den bonapartistischen Banken.) Dieser Antrag wird mit 357 gegen 75 Stimmen angenommen. — Die Wahl des Marquis de Larochefoucauld im Arrondissement Bressuire wird hierauf ohne Debatte bestätigt und ein Gesetzentwurf votiert, durch welchen die Wählbarkeit zum Handelsrichter auf die Wechsel-Agenten und Schiffskapitäne ausgedehnt wird.

Sechste ordentliche Generalsversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.

I.

(Nachdruck verboten.)

(Fr.) Heidelberg, 8. Juli. Unter ziemlich zahlreicher Beteiligung wurde die Versammlung heute Vormittag gegen 10 Uhr im großen Saale des Museums von dem ständigen Vorstehern obenbezeichneten Gesellschaft, Abg. Dr. Schulze-Delitzsch (Potsdam) eröffnet. Es waren zumeist Delegierte von Bildungs-, bez. Handwerker-, Arbeiter- und Gewerbevereinen aus allen Theilen Deutschlands anwesend. Ich bemerkte unter den Anwesenden: die Abg. Dr. Hammacher (Berlin), Dr. Wilh. Blum (Heidelberg), Seiffert (Crefeld), Kalle (Biebrich) und Heul (Worms), ferner den ehemalig. Reichstagsabgeordneten Vize-Oberbürgermeister Dr. Stephan (Leipzig), Geh. Rath Prof. Dr. Bluntschli (Heidelberg), Prof. Dr. Bona Meyer (Bonn), Archivrat v. Weeck (Karlsruhe), Hauptlehrer Gessler (Berlin), Stadtrath Heubner (Dres-

den), als Vertreter des dresdener Stadtrathes, und andere bekannte Persönlichkeiten mehr.

Oberbürgermeister Bilabel (Heidelberg) begrüßte zunächst Namens der hiesigen städtischen Behörden und Bürgerchaft die Versammlung, worauf der Generalsekretär der Gesellschaft, Dr. Julius Lippert (Berlin), den Geschäftsbericht erstattete. Viele derselben gehören zur Gesellschaft 19 Zweivehre und 8 Landes- beziehungsweise Provinzialverbände. Die Gesamtmitgliederzahl der Gesellschaft betrug Ende 1875: 4763, d. h. 4118 persönliche und 645 förmliche Mitglieder; es bedeutet dies einen Zuwachs von 224 persönlichen und 45 förmlichen Mitgliedern gegen das Vorjahr. Am 8. April 1876 erhielt die Gesellschaft durch Allerhöchsten Erlass die Rechte einer juristischen Person. Am Beginn des Jahres 1875 besaßen 313 förmliche Mitglieder eine Bibliotheksumfang von zusammen 170,720 Bänden. Im Laufe des verflossenen Geschäftsjahrs wurden durch Vermittelung der Gesellschaft, bzw. deren Verbände und Zweigvereine 47 Volks- und 62 Schüler- und Ingendbibliotheken neu gegründet. Die Gesellschaft war in letzter Zeit durch Ausstattung von Volkschulen und Schülerbibliotheken und Gründung von Jugendbibliotheken bemüht, auch auf die Volkschule fördernd einzutreten. Von 416 Bildungsvereinen werden auch bereits 103 von Lehrern geleitet. 91 Bildungsvereine haben sich im Laufe des verflossenen Jahres am Fortbildungsschulwesen sehr erheblich durch pünktlere Erhaltung, bzw. Unterstützung von Fortbildungsschulen beteiligt. Der Bentalalauschuss gründete in Berlin eine Fortbildungsschule für Mädchen; eine solche Fortbildungsschule wurde auch von dem Zweigverein zu Wiesbaden gegründet. Zu erwähnen ist noch, daß nunmehr auch der Elsaß für die Strebungen der Gesellschaft gewonnen ist. Die Gesamtneinnahmen der Gesellschaft betragen vom 1. April bis 31. Dezember 1875, 133,314 M. 82 Pf., die Gesamtausgaben 58,777 M. 31 Pf., der Kassenbestand am 31. Dezember 1875: 74,537 M. 51 Pf.

Die Theilnahme der verschiedenen Gesellschaftsklassen an dem Wirken der Bildungsvereine bildete den ersten Verhandlungsgegenstand der Generalversammlung. Der diesbezügliche Referent, Professor Dr. Bona Meyer (Bonn) bemerkte u. A.: Es werde gewiß von keiner Seite in Abrede gestellt werden, daß die zahlreiche Theilnahme der gebildeten Gesellschaftsklassen an dem Wirken der Bildungsvereine wesentlichlich deren Erfolge bedinge. In der heutigen Zeit, wo die Klassengenossen sich so unendlich schroff gegenüberstehen, sei das Zusammensein der verschiedensten Stände in Bildungsvereinen das einzige Mittel, um die bezeichnete Kluft zu überbrücken und somit zu friedlichen sozialen Zuständen zu gelangen. Allein die beständigen und gebildeten Gesellschaftsklassen beteiligen sich bedauerlicherweise an den Arbeiterbildungsvereinen nur wenig. Fast gleich Null sei die Beteiligung der Theologen aller Konfessionen, die doch gerade in irredesten Vereinen ein segensreiches Feld für das Wachthalten oder wieder Wachhalten der Religion stellten. Die Geellschaft erkenne wohl an, daß Religiosität jedem Menschen ein Gemüthsbedürfnis sei, nur aller und jeder konfessionelle Zwist müsse von den Bildungsvereinen strengstens fern gehalten werden. Die Beteiligung der Universitäts-Professoren an den Bestrebungen der Bildungsvereine sei an vielen Orten eine sehr rege, wodurch aber wieder die Gymnasial-, Volkschullehrer etc. eine durchaus ungerechtfertigte Fernhaltung beobachtet. Auch bezüglich der Beteiligung aller übrigen gebildeten Stände, beispielweise der Aerzte, Juristen, Kaufleute etc. bei den Letzteren insbesondere in Beziehung des aktiven Wirkens an den Bildungsvereinen eine sehr große Lauer zu beobachten. Es müsse ausgesprochen werden, daß die Aufnahme einer Statistik gleich der des effizienten Gewerbevereines über die aktive und passive Theilnahme der verschiedenen Berufsklassen an den Bildungsvereinen und Befürchtung ihrer Bibliotheken wünschenswert sei. Es sei ferner empfehlenswert, in den Vereinsvorständen und Zentralausschuss der Gesellschaft die verschiedenen Berufsklassen zu wählen. Um die Theilnahme der gelesenen Kreise zu erhöhen, müssen die Vereine an sich selber zeigen, daß das aktive Bildungstreben nicht Halbbildung schaffe. Dreiwalen haben daher Alles sorgfältig zu vermeiden, was diesem Vorurtheil Befürchtet leisten könnte. Um die Theilnahme der Geistlichen zu erhöhen, müsse unbedingt gezeigt werden, daß es nicht die Tendenz der Bildungsvereine sei, der Religion zu nahe zu treten, sondern, daß qu. Vereine nur im Interesse der Toleranz von den konfessionellen Unterschieden Abstand nehmen. Den wohlhabenden Gesellschaftsklassen gegenüber sei daran zu erinnern, daß es die Pflicht der vom Glück Begünstigten sei: auch von ihrem Gute mitzuhelfen und die edelste Verwendung ihres Reichstums die ist, welche idealen Bildungsbestrebungen zu Gute komme. Um die Theilnahme der Arbeiter an den Bildungsvereinen zu erhöhen, sei stets hervorzuheben, daß Bildung Arbeit schaffe und Arbeit das beste Mittel sei, die Notth des Lebens zu bestehen und einem Jeden das mögliche Lebensglück zu sichern. (Beiwalten)

Alle folgenden Redner stimmten dem Referenten im Wesentlichen bei. Die Versammlung beliebte jedoch nicht eine förmliche Beschlussfassung über eine Anzahl von Professor Dr. Meyer propokirten, in seinen Ausführungen gipfelnden Themen. In sehr eingehender Weise behandelte alsdann Abg. Dr. Schulze-Delitzsch (Potsdam) das Thema: „das Neinandergreifen der Bestrebungen zu materieller und geistiger Hebung.“ Dieser Redner als auch alle folgenden führten im Wesentlichen aus: „Wer bezüglich unserer sozialen Verhältnisse nicht gerade im untersten Thale stehe, werde zugeben, daß unsere gesamten wirtschaftlichen und sozialen Zustände nunmehr auf einer Stufe angelangt seien, von der sie in den Abgrund des Ruins hinabstürzen drohen. Jeden Menschentreund müssen diese Verhältnisse mit Trauer erfüllen. Die Schuld an diesen Zuständen sei bei allen Gesellschaftsklassen, ja selbst bei den höchsten Staatsbehörden zu suchen. Dieses Feld zu bearbeiten bzw. auf Besserung zu hoffen, sei die heiligste Aufgabe der deutschen Bildungsvereine. Der gebildete Mensch werde stets auf einem gewissen wirtschaftlichen Niveau zu erhalten vermögen und werde niemals fallenlassen Lasten ergeben sein. Die Bildungsvereine seien angelebt der gefüllten Seitenbühnen gezeigt: ihre Tätigkeit zu erweitern, indem sie mehr wie bisher Gewicht auf die praktische Ausbildung ihrer Mitglieder legen, um sie so zu befähigen, höhere Löhne zu erlangen, sich den bestehenden Wirtschaftsgenossenschaften anzuschließen u. s. w. Auch der Gesundheitslehre in den Bildungsvereinen müsse eine große Beachtung in reichlichem Maße veranstaltet werden. Gerade die von den Bildungsvereinen veranstalteten edlen Vergnügungen seien am ehesten und besten zur Decanierung neuer Mitglieder geeignet. Aber auch die Gestaltung des Menschen nach jeder Richtung hin finde, insbesondere bei den der Schule entwachsenen Jünglingen und jungen Mädchen in edlen Vergnügungen eine vorzügliche Platzstätte. Die Vergnügungen bilden deren den passendsten Ort, auf welchem die gebildeten Gesellschaftsklassen auf die minder Gebildeten fördernd zu wirken vermögen.“

Diese Debatte fand schließlich in folgender, von Dr. Schulze-Delitzsch beantragten, einstimmig angenommenen Resolution ihren Ausdruck: „In Erwägung, daß an Verbreitung von Bildung und Gestaltung ohne die Hebung der wirtschaftlichen Lage in zahlreichen Volksfreien nicht wohl mit Aussicht auf nachhaltigen Erfolg gearbeitet werden kann, erklärt es die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung für eine wesentliche Bedingung zur Errichtung ihrer Ziele, daß ihre Organe den Bestrebungen zur Besserung der bezeichneten Zustände überall die thunlichste Förderung gewähren, sowie mit den dafür thätigen Instituten in möglichst nahe Verbindung treten.“ Endlich wurde noch bezüglich des Themas: „Werth und Auswahl der Lehrstoffe für Fortbildungsschulen“ nach sehr langer Debatte auf Antrag der Schulvorsteher

Lokales und Provinzielles.

Posen, 10. Juli.

Die Gebeuren des "Dreidowitz" gegen diejenigen polnischen Gutsbesitzer, welche deutsche Wirtschaftsbeamte haben, finden im "Kurher Posenanski", dem man es lassen muß, daß er sich gewöhnlich eines anständigeren Tones bedient, als die übrigen polnischen Blätter, und zu Schimpf- und Schmähworten nur selten seine Zuflucht nimmt, eine sehr absäßige Beurtheilung. Der "Kurher" gleicht dem ultramontanen Volksblättchen zwar in der Theorie (1) Recht, hält es aber für fehlerhaft und unangemessen, die Namen der betreffenden Gutsbesitzer öffentlich an den Pranger zu stellen, "da man sich erst überzeugen müsse, ob wir tatsächlich ein böser Will vorhanden wären." (1) Besonders ärgerlich ist der "Kurher" darüber, daß das Kaplansblättchen die Radziwill'sche Familie denunzirt hat und fortwährend die unter und bestrophen Klostern mit Mästfrauen gegen den polnischen Adel zu erfüllen sucht, wodurch er Unfrieden und gegenseitige Verbitterung lädt. — Man dürfte schwerlich irren, wenn man diesen Artikel auf eine Reklamation des fürstlichen Kaplans Edmund Radziwill zurückführt, der als geistlicher Adjutant des Grafen Ledochowski mit dem "Kurher" in enger Verbindung steht und sich durch die Gebeuren des "Dreidowitz" gegen die Radziwill'sche Familie peinlich berührt fühlen mußte. Der "Kurher" ließ auch erst eine geraume Zeit verstreichen, ehe er auf den Artikel des "Dreidowitz" antwortete und seinen kleinen Trabant zur Ruhe verwies.

Promotion. Heute wird Herr Anton Danysz aus Posen bei Erschlagung der philosophischen Doktorwürde seine Inaugural-Dissertation: "De scriptorum imprimis poetarum Romanorum studiis Catullianis" gegen die Herren Cand. phil. B. Sutori, B. Lebinski und S. Gramlewick in der großen Aula der Universität Breslau öffentlich vertheidigen.

Borek, 6. Juli. [Unglücksfall.] Auf dem Gehöft des herrschaftlichen Wächters in Blute in Bogarell hatte sich am 4. d. M. ein Hirsch von der Heerde entfernt und war unter einen Strauchbäumen gerathen. Da es nun trotz aller Anstrengungen unter demselben nicht wieder hervorkonnte, erhob es natürlich ein jämmliches Gebrüll. Auf dasselbe eilte sofort die 10jährige Tochter des Blute herbei, musste aber, um das immer lauter schreiende Thierchen aus seiner Gefangenheit zu befreien, selber unter den Strauchbäumen. Derweile kam schnaubend und grunzend das Mutterschwein dazugerannt und in der Meinung, ihrem Jungen geschähe von dem Mädeln ein Leid, machte es sich über dasselbe her, riß ihm die Haut von dem Hinterkopfe bis auf die Ohrenschale und aufgedem auch noch das rechte Ohr total weg. Jetzt erst erschien die Mutter des Kindes und rettete dasselbe von weiteren Angriffen des wütenden Thieres. Ob das arme, unsägliche Schmerzen leidende Kind mit dem Leben davon kommen wird, ist nach der Aussage des Arztes bis jetzt wenigstens noch sehr fraglich. (Beb. Btg.)

Nähme, 8. Juli. [Verrichtungen.] Aus Pinne ist Ihnen geschrieben worden, daß dem hiesigen Propsteie kein sämmtliche auf dem Propsteiplateau befindlichen Erntefrüchte über Nacht von böswilliger Hand vernichtet worden sind. Diese Mittheilung ist sehr übertrieben. Sämmtliche Propsteiplateau sind bis auf einen kleinen, am Propsteigebäude gelegenen Garten verpackt, und in diesem Garten wurden einige Kartoffelstauben abgemäht, ob aus Niederträgigkeit, oder ob ein, von den in der Nähe wohnenden Arbeitern die Schneidefähigkeit einer Sense, in Ermangelung eines Grasplatzes, verschüttet, lassen wir dahingestellt. Die Früchte der Pachtländer sind unbedenklich. Ihr Korrespondent in Pinne hat offenbar nur vom Hörensagen berichtet und ist von einem unsicheren Gewährsmann (oder Gewährsweise?) aufgeklärt worden. (Wir empfehlen ihm deshalb solche Nachrichten gewissenhafter zu prüfen. Red. d. Pos. B.)

Neustadt b. B., 8. Juli. [Das Sommerfest] der hiesigen evangelischen Schule fand gestern Nachmittag in der nahen Fanerarie Brzostowka unter recht zahlreicher Beteiligung der betreffenden Eltern statt. Unter fröhlichen Spielen verfloss der heiteren Schuljugend ein Theil des Nachmittags. Gegen 10 Uhr wurde der Rückmarsch zur Stadt angetreten. Gewöhnlich gestalten sich ähnliche Schulfeste zu wahren Volksfesten; leider hielten sich gestern viele jüdische Familien des beginnenden Sabbaths wegen von der Feier zurück; auch die Beteiligung der Katholiken war eine geringe.

Bromberg, 8. Juli. [Zum Sängertag.] Zu dem heute Nachmittag mit der Begrüßung der ankommenden Gäste beginnenden Sängertage hatte die Stadt sich festlich geschmückt. Mehrere Häuser waren mit Girlanden geschmückt und haben gesagt. Auf den Straßen herrschte ein regerer Verkehr wie sonst. Die Zahl der angemeldeten Gäste beläuft sich auf 210. Einige derselben sind schon Vormittags eingetroffen.

Aus dem bromberger Kreise. 8. Juli. [Waldbrand] Vor gestern entstand in der kgl. Forst unweit der Försterei Kobbelsloot ein Waldbrand, der in kurzer Zeit eine Fläche von ca. 20 Morgen und 12½ Klafter Kloben- und 9 Klafter Reisigholz in Asche verwandelte.

Guelen, 9. Juli. [Kaiserlicher Extrazug.] Heute früh um 3 Uhr 28 Min. fuhr der Kaiser von Russland in einem Extrazug von 21 Wagen hier durch. Seine Person und Umgebung blieb dem zahlreich versammelten Publikum unsichtbar.

Giaats- und Volkswirthschaft.

**** Die speziellen Vorarbeiten** für den Bau der Posen-Belgarder Bahn sind nunmehr beendet, so daß in nächster Zeit der Beginn der eigentlichen Arbeiten zu erwarten ist.

**** Die Flora** in Charlottenburg ist nunmehr thatsächlich unter gerichtliche Administration gestellt worden. Am 8. d. Borm. 9 Uhr wurde unter Vorst. des Kreisgerichts-Diregenten Schwerin der Termin abgehalten, in welchem die Übergabe der Grundstücke und des gesammelten Materials vor sich ging. Als Administrator wurde Herr Sekretär Thörner bestellt. Es wurde beschlossen, den Betrieb des Gartens unter Aufsicht des Herrn Schwerin, der die bisherigen Leistungen des Herrn Salamonski als Direktor des Instituts lobend her vorhob, von sämmtlichen Hypothekengläubigern Hr. Direktor Salamonski einstimmig als Leiter des Instituts gewählt. Wir fügen zusätzlich hinzu, daß den Inhabern von Flora-Losseien ihr Recht auf freies Entree in die Flora nach Maßgabe des Ziehungssplanes, d. h. also nur für die Mieten-Losse nach der Ziehung im Termine gewährleistet werden ist. — Am 7. Juli Mittags bis 8. Mittags fielen bei der fortgelegten Ziehung der Flora-Losse Gewinne auf Nr. 77323 3606 1423 14380 185743. im Werthe von 1500 Mark, Nr. 174088 181937 20618 im Werthe von 300 Mark, Nr. 29808 59272 88472 217615 108303 207153 3315 5424 171160 21688 106007 100731 174993 59357 53438 88064 100354 72451 im Werthe von 50 Mark.

**** Berlin,** 8. Juli. [Zum Konkurs S. Abel jr.] Es ist nunmehr am gestrigen Tage auch der Konkurs über das Privataat der Firma S. Abel jun., Herrn Adolph Simon Abel, eröffnet worden. — Wir erwähnen bereits, daß in Folge der Zahlungseinstellung der Firma S. Abel jun. voraussichtlich auch die norddeutsche Apotheke in Cöslin gezwungen sein werde, ihre Insolvenz anzugeben. Diese Eventualität ist nunmehr faktisch eingetreten; die Gesellschaft hat den Konkurs angemeldet und die Arbeiter sind vor gestern bereits sämmtlich entlassen worden. Ueberraschend kommt das Ereigniß keineswegs; seit langer Zeit wußte man, daß das Unternehmen, welches im Jahre 1871 mit einem Aktienkapital von 500,000 Thlr. gegründet wurde, sich in schweren Verlegenheiten befand und die Aktien waren denn auch zum Kurse von 10 pCt. offeriert, ohne daß sich Käufer für dieselben fanden. (B. B.-B.)

**** Das rapide Fallen des Silberpreises,** infolge dessen Silber in London einen Augenblick lang sogar für unverkäuflich galt, hat auch die Regierungswelt einigermaßen nutzlos gemacht. Die nicht unbedeutende Silberproduktion im deutschen Reich (Mannsfeld, Freiberg u. s. w.) wird durch diese Katastrophe nahezu läblich gelegt, während die Verluste der Kapitalisten aus dem Effeten-Besitz in Silberwährung die Steuerkraft des Landes, namentlich in Süddeutschland, nicht unerheblich zu schädigen drohen.

**** Köln** 5. Juli. Generaldirektor Neuerburg von Alz, welcher bekanntlich jüngst von der Zuchtpolizei-Appellammer zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt wurde, hat nach der "A. B. B." das Kassationsgeschäft eingereicht.

**** Die Berlin-Stettiner Eisenbahn Gesellschaft** wird sich der "A. B. B." zufolge bei dem Urteil, welches jüngst das berliner Kammergericht in dem Prozeß der Bahn gegen den Fiskus gefällt, nicht berühren, sondern den Rechtsantrag an das Reichs-Ober-Handelsgericht in Leipzig ergreifen. Es bedarf zu diesem Vorgehen keines besonderen Beschlusses des Verwaltungsrathes mehr, da die nothwendige Vorsorge bereits in der letzten Generalversammlung die Aktionäre getroffen worden ist und der Vorstand der Gesellschaft ohnedies in zweiter Instanz kein obstiegendes Urteil erwartet hatte.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Werner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 8. Juli. Der fünfte Kongress der Alt-katholiken findet nach Meldung der "Bresl. Btg." in den Tagen vom 22. bis 24. September d. J. in Breslau statt.

Bern, 7. Juli. Heute Morgen sind zwei Eisenbahnzüge bei Valézieux zwischen Bern und Lausanne zusammengestoßen, wobei 6 Personen um das Leben kamen.

Paris, 9. Juli. Die Zeitungen veröffentlichten eine amtliche Mittheilung, in welcher das Gericht, daß die für das Jahr 1878 angekündigte internationale Ausstellung vertagt sei, für unbegründet erklärt wird.

Paris, 7. Juli. Der "Agence Havas" wird unter'm heutigen aus Belgrad gemeldet: Das Corps des Generals Bach ging gestern in der Richtung von Sienica über die serbische Grenze vor und stieß auf den stark verchanzten Feind. Es gab viel Vermundete auf beiden Seiten und die Serben, wie die Türken behaupteten sich in den von ihnen eingenommenen Stellungen. Ein anderes serbisches Corps ging bei Raška über die Grenze und schlug die Feinde nach heftigen sechsstündigen Kampf, die Türken zogen sich nach Novibazar zurück. Ein ebenfalls gestern von den Türken gegen Kadibogaz an der Grenze von Bulgarien gemachter Angriff wurde zurückgewiesen.

Konstantinopel, 8. Juli. Wie die "Agence Havas-Reuter" meldet, sollen die Sofias bewaffnet und auf ihr Verlangen im Felde militärisch verwendet werden.

Konstantinopel 8. Juli. Der Regierung ist vom Kriegsschauplatz folgende Nachricht zugegangen: Am 6. d. hat bei Sienica im Sandbach von Novibazar ein Kampf stattgefunden. Die serbischen Streitkräfte, welche im Gefecht standen, beliefen sich auf 15,000 Mann. Der Divisionsgeneral Mehmed Ali Pascha konnte denselben nur 8 Bataillone reguläre Truppen entgegenstellen. Trotzdem wurden die Serben zurückgeworfen und von den Türken bis in ihre Befestigungen verfolgt. Die Serben ließen auf dem Schlachtfelde 1500 Tote und eben so viel Verwundete zurück. Außerdem verloren sie eine beträchtliche Anzahl von Gewehren und viele Munition.

Belgrad, 9. Juli. Der Regierung sind vom Kriegsschauplatz folgende Meldungen zugegangen: Der gestern von Osman Pascha auf Saitschar unternommene vierte Angriff wurde ebenfalls zurückgeschlagen und erlitten die Türken hierbei bedeutende Verluste. Die serbischen Truppen haben die Grenze bei Negotin überschritten und sind Osman Pascha in die Flanke gefallen. Die gegen Widdin operirende serbische Armee hat den Timok überschritten und ist auf das türkische Gebiet übergetreten.

London, 7. Juli. [Unterhaus.] Auf eine Anfrage Wolff's erklärte der Unterstaatssekretär Bourke, die öffentlichen Sklavenmärkte in Djedda seien in Folge der eifrigsten Bemühungen des englischen Konsuls zwar geschlossen worden, indes werde der Sklavenhandel sowohl in Djedda, wie in anderen Städten am Ufer des Roten Meeres in Privatlokalen fortgesetzt. Die Regierung habe im vergangenen Jahre wegen der von den ägyptischen Beamten in Bezug auf den Sklavenhandel bewiesenen Duldung und Nachsicht der ägyptischen Regierung Vorstellungen gemacht und werde das auch künftig thun.

Ebenso sei dieselbe in Wien vorstellig geworden, weil behauptet worden sei, daß die Ployddampfer sich mit dem Transport von Sklaven beschäftigen, sie werde es an ähnlichem Schriften nicht fehlen lassen, sobald dieselben nothwendig werden sollten.

Bukarest, 8. Juli. Die Deputirtenkammer ermächtigte in ihrer heutigen Sitzung auf Verlangen des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten ihr Bureau und die Adresskommission zur Entgegnahme der Dokumente bezüglich der auswärtigen Politik. Der Finanzminister legte einen Gesetzentwurf betreffend die Verminderung der Ausgaben im laufenden Jahre vor.

Bukarest, 7. Juli. Die Kammer hat die Wahlprüfung erledigt und darauf die Wahl des Büros vorgenommen, welches durchweg aus Mitgliedern der radikalen Partei besteht. Zum Präsidenten wurde C. A. Rosetti gewählt.

Newyork, 7. Juli. Nach weiteren über den Kampf Custer's und Reno's mit dem Indianerstamme der Sioux hier eingegangenen Nachrichten betrug der Verlust Reno's 50 Tote und 40 Verwundete.

Washington, 8. Juli. Der hiesige russische Gesandte, Staatsrat Schischkin, hat dem Präsidenten Grant ein Handschreiben des Kaisers Alexander überreicht, in welchem dieser den Präsidenten anlässlich der Jubelfeier der Gründung der nordamerikanischen Union beglückwünscht.

Belgrad, 9. Juli. Offiziell wird gemeldet: Die Serben rücken in dem Paschalik Novibazar immer weiter vor. Der Archimandrit traf am Freitag Abend den Feind vor Novibazar, griff am Sonnabend früh die befestigten Stellungen der Türken an, nahm 2 Schanzen, mußte jedoch eine davon wieder aufgeben, da der Feind bedeutende Verstärkungen erhielt und steht jetzt vor Novibazar. General Orlakantic beschließt Novibazar. Der Kapitän Ilitch überschritt den Ibar bei Jardinje, erströmte die türkischen Befestigungen, erbeutete Vieh und Vorräte und bedroht Mitrowitz (Endstation der Eisenbahn nach Saloniki). Alipic ließ 700 von den Türken auf dem Kampfschauplatz zu rückgelassene Tote beerdigen. Das türkische Bulletin von einem Sieg über General Bach ist unrichtig. Der Angriff Bachs war zwar erfolglos, doch erlitt Bach keine Niederlage.

Am 8. d. Mis. Nachts 12 Uhr wurde meine liebe Frau, Emma geb. Homuth, von einer Tochter glücklich entbunden.

C. Walther.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 8. Juli. Geschäftlos. Spekulationswerthe fest, Bahnen und Banfen wenig verändert, österreichische Prioritäten matt, Baluta erheblich niedriger.

[Schlußfurze] Londoner Wechsel 205, 10. Pariser Wechsel 80, 97. Wiener Wechsel 151, 00. Böhmische Westbahn 142 1/2. Elisabethbahn 118 2/3. Galizier 157. Franzosen 211 1/2. Lombarden 64. Nordwestbahn 98 1/2. Silberrente 52 1/2. Papierrente 49 1/2. Russ. Bodencredit 84. Russen 1872 — Amerikaner 1885 102%. 1860er Loose 94. 1864er Loose 242, 20. Kreditaktien 111 1/2. Öster. Nationalbank 683, 00. Darmst. Bank 103. Berliner Bankverein 82%. Frankfurter Wechselbank 78%. Ost. Bank 91. Meiningen Bank 76 1/2. Hess. Ludwigsbahn 98%. Oberhessen 72%. Ung. Staatsloose 136, 00. Ung. Schatzanleihe, alt 77%. do. do. neue 74%. do. Ostb.-Ob. II. — Centr.-Pacific — Reichsbank 154.

* per medio resp. per ultimo.

Nach Schluf der Börse: Kreditaktien 111 1/2, Franzosen 212 1/2, Lombarden 64. 1860er Loose — Galizier —

Wien, 8. Juli. Spekulationswerthe bei rascher Verschlechterung der heimischen Baluta höher; Schrankenwerthe, besonders Renten und Bahnen, besser. Der Gesamtumfang hielt sich in sehr mäßigen Grenzen.

[Schlußfurze] Papierrente 65, 70. Silberrente 68, 75. 1854er Loos 100 — Nationalbank 88, 00. Nordbahn 1822. Kreditaktien 146, 50. Franzosen 279, 50. Galizier 206, 50. Kasch.-Oderb. 89, 50. Parvubitzer — Nordwestb. 131, 00. Nordwestb. Lit. B. — London 134, 50. Hamburg 65, 20. Paris 52, 85. Frankfurt 65, 20. Amsterdam 110, 00. Böhm. Westbahn — Kreditloose 156, 50. 1860er Loose 111, 00. Lomb. Eisenb. 85, 00. 1864er Loose 130, 00. Unionbank 57, 50. Anglo-Austr. 70, 50. Napoleon 10, 63 1/2. Dukaten 6, 28. Silbercup. 103, 00. Elisabethbahn 155, 70. Ungar. Präml. 69, 50. D. Röbs. 65, 70.

Türkische Loose 16, 75.

Rachbörse: Still. Kreditaktien 146, 10. Franzosen 279, 00. Lombarden — Galizier — Angl.-Austr. — Elisabethbahn 154, 00. Napoleon 10, 63 1/2.

Paris, 8. Juli. Fest. Schluf matt.

[Schlußfurze] 3pro. Rente 67, 80. Anleihe de 1872 104, 97 1/2. Italienische Bros. Rente 68, 87 1/2, do. Tabaksaktien — do. Tabaksobligationen — Franzosen 525, 00. Lombard. Eisenbahn-Alt. 161, 25, do. Prioritäten 227, 00. Türken de 1865 10, 45, do de 1869 57, 00. Türkloose 35, 00. Crédit mobilier 146. Spanier exter. 13 1/2, do. intér. 12. Suezkanal-Aktien 627. Banque ottomane 335. Société générale 517. Credit foncier 692. Egypte 197. — Wechsel auf London 25, 33 1/2.

London 8. Juli. Nachm. 4 Uhr. Konjunkt. 93 1/2%. Italien. Bros. Rente 68 1/2%. Lombarden 6%. 3pro. Lombarden-Prioritäten alte 8 1/2%. 3pro. Lombarden-Prioritäten neue — 5 pro. Russen de 1871 87. 3pro. Russen de 1872 86 1/2. Silber 47. Türk. Anleihe de 1865 10%. 5pro. Türk. de 1869 10 1/2%. 6pro. Vereinigt. St. pr. 1885 105%. do. Bros. fund. 107. Österreich. Silberrente — Österreich. Papierrente — Bros. ung. Schatzbonds II Emisi. 75. 5pro. Pernauer 15 1/2%. Bros. 13 1/2%.

Platzdiskont 1 1/2%.

In die Bant floßen heute 17,000 Pf. Sterling.

Wechselnotirungen: Berlin 20, 68. Hamburg 3 Monat 20, 68. Frankfurt a. M. 20, 68. Wien 13, 50. Paris 25, 45. Petersburg 29 1/2.

New-York, 8. Juli. Abends 6 Uhr. [Schlußfurze] Höchste Notirung des Goldgros. 12, niedrigste 12. Wechsel auf London in Gold 4 D. 88 1/2 C. Goldgros 1

